

## Übersetzung der verabschiedeten Parteitagsresolution

### **100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern**

Zum hundertsten Jahrestag des Armenischen Völkermords drückt die Europäische Grüne Partei (EGP) ihre Solidarität mit dem armenischen Volk aus und fordert Schritte in Richtung einer historischen Klarstellung und bilateralen Versöhnung sowie entschiedene Maßnahmen gegen Hass und alle Formen von Gewalt.

Wir erkennen an, dass das Blutvergießen des osmanischen Reichs am armenischen Volk in der Zeit von 1915 bis 1923 einen Völkermord im Sinne der durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1948 verabschiedeten Völkermordskonvention darstellt. Die strukturelle und durchgeplante Gewalt seitens des osmanischen Reichs brachte schätzungsweise 1,5 Millionen Armeniern den Tod. Wir wollen unsere Trauer zum Ausdruck bringen über die zu dieser Zeit begangene Vernichtung ganzer Gemeinden, des kulturellen Erbes und der interethnischen Gesellschaft. Es geht auch darum, die Millionen Opfer unter assyrischen und Pontiak-Griechen nicht zu vergessen und ihrer zu gedenken. Wir dürfen nicht vergessen, dass dieser tragische Feldzug schwere Folter, Vergewaltigung und Zerstörung von Familien, Gemeinschaftsstrukturen und Vertreibung mit sich brachte.

Wir benennen auch die stillschweigende Selbstgefälligkeit und Unterstützung, welche Staaten, die jetzt Mitgliedstaaten der EU sind, dem Osmanischen Reich haben zukommen lassen. Wir erkennen vor allem an, dass das deutsche Kaiserreich Mitverantwortung für den Völkermord trägt. Als enger militärischer Verbündeter des Osmanischen Reiches war es über die Massaker informiert, beschloss jedoch, nicht zu intervenieren und die Verbreitung entsprechender Informationen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Die Leugnung des Völkermordes durch den türkischen Staat und die ausbleibende Anerkennung durch andere Staaten verhindert nicht nur, dass die armenische Gemeinschaft ihre historischen Stätten besiedeln und ihre eigene Geschichte leben kann, sondern sie verhindert auch eine wirkliche Versöhnung zwischen der Türkei und Armenien und sie schwächt darüber hinaus Maßnahmen gegen neue Wellen von Gewalt.

Wir unterstützen die türkischen Bürger, die sich der Anerkennung des armenischen Völkermords machtvoll und furchtlos widmen und die gegen die Propaganda und Zensur von Seiten des Staates aufbegehren.

Die EGP fordert diejenigen EU-Mitgliedstaaten und andere europäische Länder, die dies noch nicht getan haben, auf, einen politischen Prozess der Anerkennung und Verurteilung des Völkermords, gefolgt von entsprechenden Gesetzen, zu beginnen.

- Von größter Bedeutung ist, dass die türkische Regierung den Völkermord anerkennt und Maßnahmen hin zu einer moralischen und historischen Rehabilitation gegenüber den Armeniern ergreift.
- Wir fordern die türkische Regierung auf, sich beim armenischen Staat und der armenischen Diaspora zu entschuldigen.
- Wir fordern die türkische Regierung auf, Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches unverzüglich abzuschaffen, der unter anderem die politische und öffentliche Debatte über den Völkermord zensiert, und all diejenigen freizusprechen, die auf Grund dieses Artikels zu Haft oder Geldstrafe verurteilt wurden.

## Übersetzung der verabschiedeten Parteitagsresolution

- Wir fordern die türkische Regierung und die Zivilgesellschaft auf, als Beitrag für die gemeinsame Zukunft und Zusammenarbeit bestehende historische und kulturelle Narrative neu zu bewerten und jeglichen Hass aus ihnen zu tilgen.
- Darüber hinaus sollte die türkische Regierung die notwendigen Schritte unternehmen, um alle Archive zu öffnen und Historiker\*inne\*n, Wissenschaftler\*inne\*n und Forscher\*inne\*n die Gelegenheit zu geben, sich an einer transparenten Debatte zu beteiligen, um einen Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu finden.
- Wir fordern die türkische Regierung auf, das armenische Kulturerbe zu respektieren und es in die Gesetze zum Schutz und zur Fortentwicklung des nationalen Kulturerbes aufzunehmen.
- Schließlich muss die türkische Regierung akzeptieren, dass die Weigerung, den armenischen Völkermord anzuerkennen und in Versöhnung zu investieren, bis heute Anlass zu einer Rhetorik der Gewalt und Angst gibt und Gewalttätern Legitimität verschafft.
- Wir fordern die Regierungen der beiden Länder Türkei und Armenien auf, ohne Vorbedingung diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die Öffnung der gemeinsamen Grenze als oberste Priorität festzulegen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, eindeutig die Verantwortung anzuerkennen, die das deutsche Kaiserreich im Hinblick auf den armenischen Völkermord auf sich geladen hat, und die Bemühungen zur Erforschung und Erinnerung an den armenischen Völkermord finanziell und durch andere Formen substanziell zu unterstützen. Wir fordern die Regierungen von Deutschland und allen EU-Mitgliedstaaten auf, die Geschichte des armenischen Völkermords sowohl in ihren jeweiligen nationalen als auch in der europäischen Erinnerungskultur zu verankern.

Als Europäer und als Grüne glauben wir daran, dass das Recht eines jeden auf seine eigene Geschichte, Kultur und Identität respektiert werden muss. Die europäischen Grünen erkennen den armenischen Völkermord an und zollen, als einen ersten Schritt in Richtung einer historischen Wiedergutmachung, den Opfern den ihnen gebührenden Respekt.

/ Massgeblich ist die [englische Fassung](#)